

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterklasse in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Mittwoch Redaktionschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Inserionspreis pro dreispaltige Feilzeile Mk. 1, für die Zahlstellen 30 Pfg.

Unsere Lohnkämpfe im ersten Halbjahr.

Es könnte nicht besser der Beweis erbracht werden, als durch die Ergebnisse der Lohnkämpfe im ersten Halbjahr, daß diejenigen Kollegen, welche inuner noch mit dem Märchen hausieren gehen, unsere Organisation habe während des Krieges von dem Charakter des Klassenkampfes eingebüßt und sei nun auf der schiefen Ebene angelangt mit dem Unternehmertum zu paktieren, sich gründlich im Irrtum befinden. Die Organisation kann keine Zeit aufweisen, wo innerhalb weniger Monate diese gewaltigen Erfolge bei den Lohnkämpfen zu verzeichnen wären, als in den ersten 6 Monaten dieses Jahres. Diese Tatsachen zeigen alles andere, nur nicht, daß wir von unsern alten Grundsätzen des Klassenkampfes abgewichen sind. Sie befähigen noch viel mehr und beweisen, daß die eingeschlagene Taktik des Verbandsvorstandes richtig und im Interesse der Berufsangehörigen gelegen ist.

Die letzten Monate des Vorjahres wirkten durch die revolutionäre Umwälzung befruchtend auf den Latendrang unserer Mitglieder. Die Jahre hindurch in Fesseln gelegene Kollegenschaft stürmte unaufhaltsam nach vorwärts. Das Werk, das im Vorjahre zur Vervollständigung der so tieftraurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen begonnen wurde, konnte im ersten Halbjahr erfolgreich fortgesetzt werden. Innerhalb dieser Zeit ist es gelungen

bei 334 Lohnbewegungen 224 Tarife zum Abschluß zu bringen.

Darunter sind die beiden Reichstarife für die Beschäftigten in der Süß- und Teigwarenindustrie, ein Landesarif für das gesamte Bäckergewerbe in Baden, ein Landesarif für die Konditoren in Sachsen-Mttenburg, ein Bezirksarif für die Teig- und Süßwarenindustrie mit dem Unternehmerverband in Herzord sowie die Verträge, die mit den Intendanturen in Württemberg und im 7., 9. und 10. preussischen Armeekorps für die Beschäftigten in den dortigen Militärbäckereien abgeschlossen wurden.

Nicht leibhaft kamen auch die Lohnbewegungen in den Konditoreien zur Geltung. Durch den Anschluß der Gehilfenvereine in fast allen Großstädten folgten Lohn- und Tarifbewegungen auch in diesem Gewerbe auf dem Fuße. Lange Jahre hindurch leuchtete als einziger Tarifvertrag in den Konditoreien der Abschluß in München wie eine Oase aus der Wüste hervor. Nun ist es anders geworden. Dem Beispiel der Münchener Kollegen ist die Gehilfenchaft in vielen Städten gefolgt. Nunmehr bestehen Tarife in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Breslau, Stettin, Kiel, Bremen, Essen a. d. R., Elberfeld, Chemnitz, Hrozheim sowie ein Landesarif für Sachsen-Mttenburg. In einer ganzen Reihe von Orten stehen die Unterhandlungen vor dem Abschluß. Wenn so weiter gearbeitet wird, dann können wir jetzt schon behaupten, daß bis Jahreschluß in sämtlichen Großstädten die Konditoren unter tariflichen Bestimmungen beschäftigt werden.

Die Süß- und Teigwarenindustrie wurde soweit in das Vertragsverhältnis einbezogen, als die Firmen dem Bunde angeschlossen sind. Hier unterstehen die Beschäftigten den reichstariflichen Bestimmungen. Es ist uns aber auch bei einer Anzahl Nichtbundesfirmen gelungen, in Sonderverträgen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln.

In 109 Fällen wurden bei den Bewegungen Erneuerungen oder Verbesserungen der in den bestehenden Tarifen vorhandenen Lohnsätze durchgeführt. In 18 Fällen konnte keine Verständigung erfolgen, es mußte durch Streiks die Anerkennung der Forderungen durchgeführt werden.

Der Inhalt der Tarife zeigt noch nichts Einheitsliches. Bezüglich der Arbeitszeit muß unser Bestreben dahin gerichtet sein, daß innerhalb der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit eine angemessene Pause gelegt wird. Auch muß es unsere Aufgabe werden, an den Sonnabenden (Samstagen) und Vorabenden

der Feste eine kürzere Arbeitszeit festzusetzen als an den übrigen Werktagen. Bei den Löhnen werden wir weder in einem Reichstarif, noch in den Bezirks- oder Ortsarifsen einheitliche Sätze festlegen können. Hier spielen die wirtschaftlichen Verhältnisse das ausschlaggebende Moment, desgleichen auch die Leistungen des Einzelnen, sodaß Abstufungen nicht zu vermeiden sein werden. Insofern besteht jedoch die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens, als für die gleiche Arbeit gleicher Lohn festgesetzt werden muß. Es darf nicht angehen, daß Arbeiterinnen, die Männerarbeit verrichten, niedrigere Löhne erhalten sollen, als die Arbeiter bei gleicher Leistung. Bei der Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, wie auch der Lehrlinge müssen Normen geschaffen werden, die es nicht mehr denjenigen Unternehmern ermöglichen riesenprofite einzuharmonisieren, die nur die Jugendlichen ausbeuten. Es muß Grundfah unserer Organisation werden: Nur in solchen Betrieben, wo erwachsene Arbeitskräfte beschäftigt werden, dürfen Jugendliche und Lehrlinge in Frage kommen. Für diese muß auch in den Tarifen die Entschädigung geregelt sein.

Wir sehen ferner in den Tarifen, daß vielfach noch keine Bestimmungen über die Ferien und der Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten festgesetzt sind. Als Mindestforderungen müssen hier gelten die mit den Genossenschaften getroffenen Vereinbarungen. Der Arbeiter und die Arbeiterin haben ein Recht auf Ferien. Niemand wird ihnen das abstreifen können. Die Durchführbarkeit ist überall möglich. Mit dem gleichen Recht muß aber die Bezahlung des Lohnes bei Krankheiten gefordert werden. Der Arbeiter verfügt über keine Mittel, um sich in solchen Zeiten über Wasser zu halten.

Dann vermissen wir in allen Verträgen Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte. In anderen Organisationen ist man in dieser Beziehung schon viel weiter. Wenn aber unsere Mitglieder meinen, es genüge schon, daß in den Versammlungen darüber geredet und in kräftigen Worten dem Unwillen Ausdruck verliehen wird, weil der Verbandsvorstand noch nicht überall die Betriebsräte durchgeführt hat, dann haben sie gründlich daneben. Die praktische Durchführung dieser überaus wichtigen Errungenschaft der Revolution muß von den Mitgliedern mit Unterstützung der Organisation erfolgen.

Schon diese kleine Auslese zeigt uns, welch weiter Weg noch zu unserm Ziele beschritten werden muß. Daß es hierbei vielen zu langsam geht, verstehen auch wir. Die Stürmer vergessen jedoch das eine, daß bei unserm Vormarsch recht viele und große Hindernisse erst beseitigt werden müssen. Die Pioniere, die bei der Freihaltung des Weges voraus-eilen, können die Riesearbeit beim Wegräumen der Hindernisse nicht so rasch bewältigen, wie die Nachstürmenden gerne wünschen. Darum mehr Pioniere an die praktische Arbeit, um so kleiner wird die Schar der Mögler und Schreier, die ihre Hände in den Taschen behalten und sich um die Arbeiten nicht kümmern. Aber auch um so rascher und weiter können wir in unserm Vormarsch auschreiten, wenn die Ebnung des Weges glatt vor sich geht.

Die Fortschritte unserer Arbeiten hängen von der Stärke des Verbandes ab. Wären wir ein kleines Häuflein wie vor der Revolution geblieben, dann könnten wir heute mit diesem Ergebnis nicht antreten. So haben wir uns zu einem Machtfaktor entwickelt, mit dem die Unternehmer heute rechnen müssen ob sie wollen oder nicht. Unsere zukünftigen Fortschritte hängen mit der Machterweiterung der Organisation zusammen. Darum bleibt uns nichts anderes übrig, wenn wir die Kollegen vorwärts und aufwärts führen wollen, als den Verband zu stärken, ihn so auszubauen, daß alle Berufsangehörigen gewerkschaftlich organisiert sind. Seien wir uns dessen bewußt, daß wir schweren Zeiten entgegengehen! Sie sollen uns gerüstet finden!

Zur Errichtung einer Arbeitsgemeinschaft für das Bäcker- und Konditorgewerbe.

Mit Genugtuung berichtet der Hauptvorstand in Nr. 28, daß das, was man vor Jahresfrist noch für unmöglich gehalten hätte, gelungen sei. Die Arbeitsgemeinschaft in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hätte sich konstituiert, und unsere Organisation käme für Gruppe 5 und 10 der Arbeitsgemeinschaft in Frage. Es ist sogar schon praktische Arbeit geleistet, indem Entwürfe für die Satzungen ausgearbeitet wurden. So werden dann wohl bald die goldenen Zeiten für das ehrsame Bäcker- und Konditorgewerbe einkehren; denn die Haupttriebfeder der Arbeitsgemeinschaft ist nach dem Artikel des Hauptvorstandes, das Zusammenwirken aller wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei dem Wiederaufbau des arg daniederliegenden Gewerbes.

Weitere, nach Ansicht des Hauptvorstandes nur durch die Arbeitsgemeinschaft zu lösende Fragen sind die Regelung des Lehrlingswesens sowie die Einstellung der arbeitslosen Kollegen. Daß auch die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge als eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft bezeichnet wird, ist selbstverständlich. Im Schlußabsatz wird nun zugegeben, daß die Kollegen im Lande nicht überall mit der Errichtung der Arbeitsgemeinschaft einverstanden wären. Es heißt da: Unsere Verbandsabtreter können in der Arbeitsgemeinschaft nur nach dem Grundfah handeln, daß sie die Ansicht der Verbandsmitglieder vertreten und sich für ihre Verwirklichung einsetzen. Sollten uns Bestimmungen aufgenötigt werden, die gegen unsere Grundfah verstoßen, so wird noch so viel Vertrauen in der Kollegenschaft zu ihren Vertretern sein, daß diese darauf nicht eingehen werden.

Diese Ansichten des Hauptvorstandes dürfen nicht un-widerprochen bleiben. Daß das Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern durch die gewerkschaftliche Tätigkeit in den letzten Jahren einen bedenklichen Stoß erlitten hat, ja, daß das Vertrauen zu den Gewerkschaftsführern einer ganz entgegengelegten Auffassung bei einer großen Anzahl von Mitgliedern Platz gemacht hat, darf ich wohl als eine feststehende Tatsache hinstellen, von der auch die Gewerkschaftsführer überzeugt sein werden. Und ebenso fest steht auch, daß gerade das Eintreten der Gewerkschaftsführer für die Arbeitsgemeinschaften ein Hauptgrund ist, der zu diesen bedauerlichen Feststellungen geführt hat.

Der große Teil der Kollegen kann es eben nicht begreifen, wie die Führer auf Geheiß der Generalkommission über die Köpfe der Mitglieder hinweg Arbeitsgemeinschaften mit einem Unternehmertum bilden, das nicht aus eigenem Triebe, sondern nur dem Zwange der Not gehorchend, sich dazu herbeiläßt, etwas von ihrem bisherigen Herr-im-Haus-Standpunkt abzurücken. Nach den Ausführungen des Geschäftsführers des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustriellen Dr. Reichert war es nur die Angst vor der durch die Revolution drohenden Sozialisierung, nach Verbündeten zu suchen, und diese fand das Unternehmertum in den Gewerkschaften. Das Verhalten der Generalkommission und der Zentralverbände während des Krieges, die Zustimmung derselben zum Dutzfrieden, zum Hilfsdienstgesetz und anderes mehr zeigten ja zur Genüge, wohin der Kurs der Gewerkschaftsführer ging, und aus all den Erwägungen entstanden die Arbeitsgemeinschaften. Die Massen aber lehnen es ab, mit wirtschaftsfriedlichen Vereinen auf eine Stufe gestellt zu werden. Es gilt nicht den Wiederaufbau des Gewerbes, es gilt nicht, den Kapitalismus wieder aufzubauen und zu stärken, sondern die Massen wollen den Auf- und Ausbau des Sozialismus, und der ist nicht durchzuführen gemeinsam mit dem Unternehmertum in Arbeitsgemeinschaften, sondern der ist nur durchzuführen, wenn die Arbeiterchaft die Geschicke in die eigene Hand nimmt, in dem Aufbau der Arbeitererräte. Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, heißt es im kommunistischen Manifest, und die einzelnen Verhältnisse nach dem 9. November bestätigen die Wahrheit dieses Wortes täglich aufs neue.

Was ist nach alledem notwendig? Gleich der Zahlstelle Berlin forderten eine größere Anzahl Zahlstellen in ihren Generalversammlungen die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Die Erkenntnis ist überall durchgedrungen, daß es so wie bisher nicht weitergehen darf, die Kollegen haben auch denken gelernt und wollen bei der Leitung ihrer Ge-

Schick selbst mitraten und den Kurs bestimmen, den der Hauptvorstand einzuschlagen hat.

Das Statut des Verbandes gibt dem Hauptvorstand das Recht, die Vorberathung von allgemeinen Lohnbewegungen und Tarifverträgen (Preis- oder Landestarif) vorzunehmen; aber nirgends ist ihm das Recht gegeben, aus eigenem Machtgefühl, ohne Zustimmung einer Generalversammlung, Verträge wie die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum abzuschließen.

Es ist notwendig, daß die Kollegen ganz Deutschlands zu dieser Frage sofort Stellung nehmen und gegen das Vorgehen des Hauptvorstandes protestieren.

W. Siegel.

Zur Sozialisierung der Bäckereien.

Ich glaube, die Bäckerei ließe sich am leichtesten sozialisieren, ohne daß wir befürchten müssen, einen Fehlschlag zu tun. Meine Gründe sind folgende: 1. Produktion und Konsum sind räumlich dicht beieinander, 2. es ist immer ein gesicherter und geregelter Absatz der Produkte vorhanden, und 3. weil die Konsumenten in verstärkter Weise ein Interesse an der Sozialisierung haben durch die mannigfaltigen Vorteile, die diese Umwälzung bringen würde.

werden sollte, was ich beweisen werde nach Jahre vergehen, bis alles restlos durchgeführt ist. Bis jetzt haben noch keine Beratungen darüber stattgefunden. Es werden Monate, ja vielleicht Jahre notwendig sein, um das Beste zu finden. Sozialisiert muß werden ohne Entschädigung.

Anton Bohlmaier, Wiesbaden.

Ein Gewerbeinspektor wie er nicht sein sollte.

Der Gewerbeinspektor Winkler in Sachsen-Meiningen scheint sich auch im neuen Deutschland noch nicht zurecht zu finden, sonst könnte er nicht nachstehendes Schreiben auf unsere Beschwerden wegen der Nichteinhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit bei den Lehrlingen an unsern Bezirksstellen-Vorsitzenden in Saalfeld richten:

Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß allerdings Lehrlinge von Bäckermeistern über 8 Stunden beschäftigt worden sind, jedoch nicht mit Berufsarbeit, sondern mit solchen Arbeiten, denen sich jeder Lehrling gegebenenfalls hin und wieder unterziehen muß.

Andererseits ist es aber nicht angängig, daß die Lehrlinge in den Verband eintreten beziehungsweise dazu aufgefordert werden. Nach § 5 des Lehrvertrages ist das unzulässig und der Meister berechtigt, den Vertrag aufzuheben, wenn der Lehrling in einen Verein oder Verband eintritt.

Ich ersuche Sie daher, die von Ihnen in den Verband aufgenommenen Lehrlinge sofort wieder zu entlassen und unter den Lehrlingen nicht weiter für den Eintritt in den Verband zu agitieren.

Dieses Schreiben ist sehr bezeichnend für die amtliche Tätigkeit dieses Herrn. Man kann sich daher einen Begriff machen, wie es bei ihm während der kaiserlichen Regierung bestellt sein mußte. Der Gewerbeinspektor ist nach unserer Auffassung die denkbar ungeeignetste Person, dafür zu sorgen, daß die Arbeitergesetzbestimmungen eingehalten werden.

So lag hier gehandelt wurde, um so eifriger glaubte sich der Herr benehmen zu müssen und uns zu verbieten, das Lehrlinge Mitglieder im Verbands sein dürfen. Das Recht, die Lehrlinge zu organisieren und sie vor der Ausbeutung zu schützen, haben wir uns unter der kaiserlichen Regierung der Junfer und Scharfmacher nicht nehmen lassen und jetzt erhebt sich wieder der alte Schrei nach Sozialisierung.

Schiedspruch im Hamburger Konditoren-Gewerbe.

Durch die gewaltige Steigerung aller Lebensmittel waren die Kollegen in den Konditoreien, Kaffees, Restaurants und Hotels gezwungen, den am 8. April dieses Jahres vereinbarten Tarif am 1. Juni zu kündigen. Der Verein der Selbständigen scheint aber noch zu sehr in der alten Zeit zu leben, sonst würde er nicht in einem Schreiben an die Organisation erklärt haben, daß er bereit sei, mit einer Kommission zu unterhandeln, deren Vertreter nur in den reinen Konditoreien beschäftigt sind.

Die Meister und Gehilfen werden in den nächsten Tagen zu dem Schiedsgericht Stellung nehmen und entscheiden, ob sie ihn anerkennen. Ueber das Ergebnis werden wir berichten.

Zur Arbeitslage.

Der belebende Einfluß des Frühjahrs hat nicht vermocht, das trübe Bild unserer wirtschaftlichen Lage wesentlich zu verbessern. Die Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Lage, die infolge der unannehmbaren Friedensbedingungen auf dem Volke lastet, die von Zeit zu Zeit ausbrechenden Panik, in deren Folge Rohstoffmangel und Verkehrsschwierigkeiten eintreten, lassen keinen Unternehmungsgeist zu, lassen das Wirtschaftsleben überhaupt nicht zur Ruhe kommen.

Die Hauptindustriezweige befinden sich aus diesen Gründen in der gleichen ungünstigen Wirtschaftslage wie im Vormonat; neben der Metallindustrie und dem Handlungsgewerbe sowie der Industrie der Steine und Erden zeigt sich das Laugengewerbe und — in besonderem Maße — das Strohstoffgewerbe ein wenig erhellendes Bild.

stoffmangel, in verschiedenen Gebieten der Wollindustrie wird in kurzer Zeit mit einem vollständigen Stillstand aller Betriebe gerechnet, wenn nicht eine Besserung auf dem Rohstoffmarkt eintritt. Nach den Nachweisungen der Krankenkassen standen am 1. Juni im Vergleich mit Anfang Mai insgesamt 209 529 oder 3,3 v. H. mehr Mitglieder in Beschäftigung. In der Steigerung ist das männliche Geschlecht mit 158 194 oder 3,0 v. H. und das weibliche mit 56 335 oder 2,4 v. H. beteiligt.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmonat die Zahl der Arbeitsuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, beim männlichen Geschlecht nicht unwesentlich gestiegen ist. Im Mai kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 169 Arbeitsuchende gegen 155 im Vormonat.

Nach den Berichten der Zentralarbeitsstellen der Arbeitsnachweise ist im Vergleich mit der Landwirtschaft immer noch große Nachfrage nach Arbeitskräften; in der Landwirtschaft fehlt es besonders an geübten Pflanzern und Mägden. Eine Beseitigung dieses Mangels durch Ueberführung von großstädtischen Arbeitslosen ist nicht möglich, weil diese nur in beschränkter Maße verwendungsfähig sind.

Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt werden weiterhin in großem Umfang Arbeitskräfte für die Land- und Hauswirtschaft gesucht. Dagegen ist die Zahl der arbeitsuchenden kaufmännischen und Bureauhilfskräfte im Steigen. Der Arbeitsmarkt für kaufmännische Angestellte weist eine Erwerbslosigkeit von erheblichem Umfang auf.

Die Nahrungs- und Genussmittelindustrie hat immer noch schwachen Geschäftsgang infolge des Rohstoffmangels und der Kontingentierung der Produkte. Für unsere Berufe kamen im Berichtsmonat bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung von Bäckern und Konditoren befassen, auf je 100 offene Stellen 527 Arbeitsuchende gegen 702 im Vormonat und 118 im Parallelmonat des Vorjahres. Gegenüber dem Vormonat ist ein erheblicher Rückgang des Andranges von Arbeitsuchenden zu verzeichnen, im Vergleich mit dem Vorjahr ist eine gewaltige Steigerung vorhanden.

Aus der Uebersicht geht hervor, daß der größte Andrang Arbeitsuchender, gemessen an der Zahl der offenen Stellen, in Bayern, im Freistaat Sachsen, in Baden und im Rheinland vorhanden war.

Table with 5 columns: Landeszgebiete, Arbeitsuchenden, offene Stellen, besetzten Stellen, Auf jede offene Stelle entfallende Arbeitsuchende. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin und Brandenburg, Pommern, Posen, Schleffen, Sachsen (Provinz), Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinland, Bayern, Sachsen (Freistaat), Baden, Hessen, Thüringische Staaten, Oldenburg u. Braunschweig, Lübeck, Bremen, Hamburg.

Im Freistaat Sachsen, in Baden und im Rheinland vorhanden war. In diesen Gebieten kamen auf jede Stelle mehr als 10 Arbeitsuchende. Die günstigsten Verhältnisse bestanden in Posen und in Berlin. Die Berichte der Arbeitsnachweise melden im übrigen aus allen Gebieten unverändert schlechten Geschäftsgang, im Freistaat Sachsen war eine etwas stärkere Nachfrage nach Gehilfen bemerkbar, diese änderte aber an den hohen Erwerbslosenzahlen nichts.

Hoover und die europäische Lebensmittelversorgung.

Von Dr. N. Hansen.

Herbert C. Hoover, der vielgenannte amerikanische Lebensmittelinspektor und der augenblicklich führende Mann im Obersten Wirtschaftsrat der Entente, hat vor kurzem einen interessanten Bericht über die Monatsleistungen in der Versorgung der Kriegsvölker Europas mit Nahrungsmitteln veröffentlicht. Danach sind in den Monaten März und April 1919 durchschnittlich an Getreide 316 000 Metertonnen, an Fett und Fleisch 34 176, an Reis 12 000, kondensierter Milch 4100 und an allen möglichen sonstigen Nahrungsmitteln und Gegenständen des täglichen Gebrauchs etwa 20 000 Metertonnen, insgesamt 388 000 Metertonnen Wert von zirka 400 Millionen Mark in Europa zur Verteilung gelangt.

	Brotdgetreide	Seite	Ranben-Milch	Ver-schiedenes	Ins-gesamt
Polen	358000	13900	1868	460	51700
Finnland	25400	752	50	127	26300
Tschecho-Slowakei	26000	2400	463	739	29900
Deutsch-Österreich	33000	240	759	4206	38100
Serbien	29000	5000	—	—	33900
Rumänien	26900	—	—	—	26900
Armenien	4500	—	781	—	—
Belgien	113173	9200	—	23201	145600
Deutschland	6700	743	—	—	7500
Baltische Länder	2750	—	—	—	—

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß vor allem Polen und noch mehr Belgien ganz besonders bevorzugt wurden. Österreich, Serbien und die Tschecho-Slowakei erhielten ungefähr die gleichen Quanten. Allerdings wurden die beiden letzteren Staaten viel ausgiebiger mit Fettmehl und konzentrierter Milch versorgt. Rumänien erhielt vorwiegend Brotgetreide, und zwar ein vierfach so großes Quantum, als es Deutschland zugeeilt wurde. Auffallend hoch ist die Versorgungsziffer Finnlands mit 26 Millionen Kilo Nahrungsmitteln aller Art.

In erster Linie kommen naturgemäß die Vereinigten Staaten auch in Zukunft als Nahrungsmittellieferanten in Frage. Die Aufgabe, die Hoover vor 4 Jahren übernahm, als er nach Belgien berufen wurde, um für die Versorgung der dortigen 7 Millionen starken Bevölkerung die nötige Organisation zu schaffen, war verhältnismäßig bescheiden im Vergleich zu seinen späteren Leistungen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelbelieferung Frankreichs, Englands, Italiens und deren europäischen Verbündeten. Trotz der gänzlichen Verwirrung und Desorganisation des amerikanischen Verkehrswezens und der großen Zersplitterung der Lebensmittel im ganzen Lande hat Hoover von Jahr zu Jahr die Leistungen in der Belieferung immer mehr gesteigert. Zu Anfang des Jahres 1919 gab er sogar das Versprechen ab, während dieses Jahres 20 Millionen Tonnen Lebensmittel aus der Union nach Europa zu senden. Um dieses Quantum zusammenzubringen, ist von ihm ein großzügiger Sparmaßnahmenfeldzug mit bestem Erfolg organisiert worden. Gleichzeitig wurde eine umfangreiche Propaganda für vermehrten Anbau getrieben. Nach einem Bericht des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums sind im Jahre 1918/19 allein 49 Millionen Acres umgepflügt worden, die einen Ertrag von 765 Millionen Bushels, das heißt 80 000 Bushels mehr als in der bisherigen Rekorderte, erwarten lassen.

Was Deutschland bisher an amerikanischen Lebensmitteln zugeeilt bekommen hat, ist im Vergleich zu der großen Bevölkerung von über 66 Millionen und mit den Mengen der andern viel kleineren Länder äußerst dürftig. In Friedenszeiten war das Deutsche Reich ein äußerst wichtiges Absatzgebiet für amerikanische Nahrungsmittel aller Arten. So hatte nach der amtlichen amerikanischen Statistik die Einfuhr an Weizen allein einen Wert von 11,9 Millionen Dollar, Brotgetreide wurde für 3,7 Millionen, Mehl für 1 Million, Speck für 1 Million, Schmalz für 20 Millionen und Büchsenfleisch für 1 Million Dollar nach Deutschland exportiert. Das sind Quanten, die in Zukunft sehr steigerungsfähig sind und auf deren Abzug die Union von Monat zu Monat mehr bedacht sein muß. Denn die großen Entente-Länder haben, je länger der Waffenstillstand gedauert hat, sich in steigendem Maße von der amerikanischen Lebensmittellieferung unabhängiger gemacht. Immerhin haben die ganzen Lebensmittellieferungen nach Europa während des Krieges einen Wert von zirka 5 Milliarden Dollar erreicht.

In dieser gewaltigen Ziffer spiegeln sich die Leistungen Hoovers am konzentrierten Wider. Er ist eine jener unoffiziellen amerikanischen Diplomaten, der als Organisator und Praktiker Leistungen zugunsten der Entente erzielt hat, wie kaum ein anderer Staatsmann. Hoover ist auch heute noch in erster Linie Geschäftsmann, der mit einer glänzenden kaufmännischen Begabung das Organisations-talent des Technikers verbindet. Als er nach Belgien ging, war er in der amerikanischen Öffentlichkeit so gut wie unbekannt. Aber in den New Yorker Fach- und Finanzkreisen genöß er bereits großes Ansehen. Ende 1890 gelang es ihm als Bergwerksingenieur, eine Gruppe von Mineralunternehmen in Australien, China und Südafrika so zu reorganisieren, daß sie sich rentierten. Auf Grund dieser Erfolge erhielt er von der chinesischen Regierung den Auftrag, das Bergwerksdepartement in Nordchina zu organisieren. Sein Ruf als erfolgreicher Reorganisator und „Sanierungsrat“ von schlecht gehenden Bergwerksunternehmen war bei Ausbruch des Weltkrieges besonders durch seine Erfolge im Realgebiet, in Nord-Burma und Neusüdwesten derartig bestärkt, daß sich selbst gewisse Londoner Bankhäuser in ähnlicher Weise wiederholt hilfesuchend an ihn wandten, wie es vorher New Yorker Bankhäuser in Wallstreet getan hatten. Als Präsident eines der größten amerikanischen Bergwerksgesellschaften, der allein 125 000 Menschen beschäftigte, führte er nicht nur den Ausbau der Bergwerke durch, sondern er baute Hafenanlagen, Eisenbahnen, Metallwerkstätten, Fabriken für Nebenprodukte und Anlagen für die Nahrungs- und Rohstoffmittelbelieferung der ganzen Werke, die große Erfahrung und eine glänzende Organisations- und Verwaltungsgabe widerspiegeln.

Mit Lebensmittellieferung größtes Stilles hatte Hoover also bisher verhältnismäßig wenig zu tun. Seine Stärke liegt auf kaufmännisch-organisatorischem Gebiet. Von ihr hängt es jetzt ab, daß es bald gelingt, das hungernde Europa wieder zu Kräften kommen zu lassen und Lebensmittelpreise und Lohnhöhe auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Ueber die Pläne Hoovers wird in letzter Zeit noch gemeldet, daß er heute die europäischen Getreideerzeugung abzubauen will. Er hat sich am 16. Juni eingehend wie folgt geäußert: Die Fortsetzung der Getreideerzeugung aller kriegsbeteiligten, ausdauernden Länder auf langdauernde Dauer auf der bisherigen Grundlage ist nicht nur physisch, sondern auch finanziell undenkbar. Daher sind die nötigen Schritte bereits eingeleitet, um die Versorgung der einzelnen Länder durch besondere Ernährungsämter mit Hilfe von Sachverständigen wieder auf eigene Füße zu stellen. Nach den zurzeit vorliegenden Entscheidungen sind Rumänien,

Bulgarien, die Türkei, Groß-Serbien und Ungarn, abgesehen von geringen Unbequemlichkeiten, in der Lage, sich schon in diesem Jahre selbst zu versorgen. Die Tschecho-Slowakei, Polen und die baltischen Staaten werden nur ein geringes Defizit aufweisen. Höchstens wird es diesen Ländern an Fett fehlen. Belgien, Finnland, Deutschland und Deutsch-Österreich sind vorwiegend industrielle Länder, die während des ganzen Jahres einen erheblichen Zuzug an Brotgetreide und sonstigen Nahrungsmitteln erforderlich. Im wesentlichen können sie diese Stoffe nur gegen Industrieprodukte eintauschen. Das ist wieder eine Angelegenheit der Versorgung mit Rohstoffen und Beschäftigung der Arbeiter. Sie bedürfen zu diesem Zwecke der Hilfe der Alliierten, die ihnen Kredit geben müssen und die Sorge tragen müssen, daß die Verschiffungs- und Transportverhältnisse reorganisiert werden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Errichtung neuer Zahlstellen. Auf Antrag der zuständigen Bezirksleiter wurde beschlossen, vom 1. August an in folgenden Orten Zahlstellen zu errichten:

- Bezirk Danzig: Elbing.
- Bezirk Breslau: Beuthen (Ob.-Schl.), Gleiwitz (Ob.-Schl.), Hindenburg (Ob.-Schl.), Rattowitz (Ob.-Schl.).
- Bezirk Berlin: Stolp i. Pommern.
- Bezirk Dresden: Freiberg i. S.
- Bezirk Köln: Bonn a. Rh.

Localbeiträge. Auf Antrag wurde nachfolgenden Zahlstellen die Genehmigung erteilt, vom 1. August an wöchentliche Localbeiträge zu erheben:

- Döbeln i. S. auf alle Beitragsmarken 5 \mathcal{A} .
- Hirschberg, Hof i. B., Almenau i. Rh., Bonn a. Rh., Braunschweig, Neumünster und Rendsburg auf alle Beitragsmarken 10 \mathcal{A} .
- Freiburg i. Br., Hamburg und Lütke auf die 40-, 60- und 80-Pfennig-Marken je 5 \mathcal{A} ; auf die 100- und 130-Pfennig-Marken je 10 \mathcal{A} .
- Köln a. Rh. auf die 40-, 60- und 80-Pfennig-Marken je 10 \mathcal{A} ; auf die 100- und 130-Pfennig-Marken je 20 \mathcal{A} .

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Gießen wurde Albert Lindig (B.-Nr. 30120) wegen Diebstahls ausgeschlossen.

Adressenänderungen. Landsberg a. d. W., Vorsitzender: Walter Stähr, Wall 59 a. — Oberhausen i. Rheinl., Vorsitzender: Paul Kubra, Altstadener Straße 138/2.
Der Verbandsvorstand.
J. A.: Josef Diermeier, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 21. bis 26. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Für Juni: Würzburg M. 602,60, Oberhausen 183,75, Minden 38,50, Rüstingen 447,25, Bochum 222,75, Herne 94,05, Saarbrücken 312,75, Lörrach 227,25, Sonneberg 99,50, Apolda (für Mai) 145,40, Ulm 361,70.
 - Für Abonnements und Annoncen: Saarbrücken M. 3,90, Liebing & Co., Leipzig, 360,50.
 - Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“: Köln M. 6, Oberhausen 6, Minden 3, Bochum 12, Frankfurt a. M. 12, Herne 21, Lörrach 6, Sonneberg 6.
 - Für Jahrbücher: Rüstingen M. 10, Bochum 12,50, Herne 2,50, Lörrach 2,50, Sonneberg —,50, Apolda 4,80.
- Der Hauptkassierer. O. Freitag.

Sterbetafel.

Leipzig. Gertrud Vogel, gestorben am 20. Juli.
Ehre ihrem Andenken!

Korrespondenzen.

Cassel. In der gut besuchten Halbjahresgeneralversammlung am 12. Juli erstattete Kollege Raschel den Geschäftsbericht, aus dem hervorzuhelien ist, daß sich die Zahlstelle in der Aufwärtsentwicklung befindet, dank der tatkräftigen Mitarbeit aller Vertrauensleute. Die Gesamteinnahme betrug M. 12 453,56, die Ausgabe M. 10 580,80. Als Kassenbestand am Orte verblieben M. 1872,76. An die Hauptkasse wurden M. 8687,20 gesandt. Der Mitgliederstand beträgt 810. Ein Antrag der Ortsverwaltung, auf alle Beitragsklassen einen Ortszuschlag von 10 \mathcal{A} zu erheben, fand einstimmige Annahme. Ein Antrag, Cassel mit den Orten Marburg, Fulda, Korbach, Wiefelhausen und Hann.-Münden zum selbständigen Bezirk zu erheben und den Kollegen Raschel als Bezirksleiter anzustellen, wurde einstimmig angenommen und dem Hauptvorstand zur Erledigung überwiesen. Der Antrag des Hauptvorstandes auf Erhöhung der Beiträge wurde von den Kollegen Raschel und Ernshaus eingehend begründet und um einstimmige Annahme ersucht. In der Diskussion ergriffen alle Redner, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen, traten aber dafür ein, daß für alle männlichen Mitglieder die Beitragsklassen zu M. 100 und M. 130 für die Zukunft zu gelten hätten. Die Abstimmung ergab 147 gegen und 40 für die Beitragserhöhung. Der Vorsitzende, Kollege Breinlich, bedauerte dieses Resultat, gab aber der Hoffnung Ausdruck, daß die Abstimmung im übrigen Deutschland wohl die Mehrheit für Erhöhung bringen werde.

Jena. In der Monatsversammlung am 6. Juli teilte Kollege Solbrig mit, daß der Sachausschuß immer noch nicht zuhandegekommen ist, da von der Bezirksdirektion versucht wird, die Angelegenheit zu verschleppen. Um end-

lich einmal Klarheit darüber zu schaffen, habe er sich in einer Eingabe beschwerdeführend an das Reichsarbeitsministerium und an den Staatsminister Baudert in Weimar gewandt. Zur Frage der Beitragserhöhung wurden folgende Resolutionen angenommen: „Die am 6. Juli abgehaltene Mitgliederversammlung erhebt Protest gegen die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Beitragserhöhung und lehnt dieselbe einstimmig ab. Sie muß dem Hauptvorstand den Vorwurf machen, bezüglich der staatlichen Arbeitslosenunterstützung nicht im Interesse der Gewerkschaft gehandelt zu haben. Pflicht desselben wäre es gewesen, mit den andern Verbänden gemeinschaftlich darauf hinzuwirken, daß der Staat die Arbeitslosenunterstützung reiflos auf sich nimmt, wodurch die Gewerkschaftskassen eine große Stärkung erfahren hätten. Sie schlägt dem Hauptvorstand vor, die erhöhten Unterstützungssätze ab 1. Juli rückgängig zu machen und beim Reiche darauf hinzuwirken, daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung erhöht wird. Auf Grund dieser, die Kollegenschaft tief berührenden Fragen stellt die Versammlung an den Hauptvorstand den Antrag, sofort einen Verbandstag einzuberufen. Ferner sprechen die anwesenden Genossenschaftsbäcker von Jena und Kahla den Besitzern des Tarifamtes ihr schärfstes Mißtrauen aus und halten dieselben für nicht fähig, dieses Amt zu bekleiden, da sie die Interessen der Genossenschaftskollegen durch Zustimmung zu den letztgefaßten Beschlüssen auch nicht annähernd würdig vertreten haben. Die anwesenden Genossenschaftsbäcker von Jena und Kahla fordern die Einberufung von Bezirkskonferenzen der Konsumbäcker für das ganze Reich, um zum Reichstarif Stellung nehmen zu können.“

Bäcker.

Baderborn. Schon seit Monaten wird der Kampf gegen die Bäckereierwerbe von Seiten der Ortsverwaltung und der Bezirksleitung geführt. Zunächst galt es gegen die Zusammenfassung des Sachausschusses zu protestieren und Neuwahlen zu verlangen. Es bedurfte der Inanspruchnahme des Reichsarbeitsamtes, um hier eine Aenderung zu bekommen. Dann setzte der Kampf um die Einberufung des Sachausschusses zu Sitzungen ein. Daß dabei den Herren nicht recht wohl war, kann man sich denken. Wurde denselben doch zum erstenmal die Wahrheit gesagt wegen den bestehenden Mißständen, wie Lehrlingshaltung usw. Unseren Mitgliedern in der dortigen Garnisonbäckerei wurden die größten Schwierigkeiten bereitet. Es wurde nun versucht, einen Vertrag mit der Innung abzuschließen. Darauf folgende Antwort an den Bezirksleiter:

Im Besiz Ihres Schreibens vom 13. dieses Monats bemerken wir ergebenst, daß wir grundsätzlich für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ein Tarifabkommen mit der Gehilfenschaft sind. Das Baderborner Bäckereiwerbe steht aber in seiner Gesamtheit auf dem Standpunkte, mit einer Organisation, die den christlichen Lebensidealen fernsteht, keine Verträge abzuschließen, weil Mitglieder dieser Organisation weder zurzeit noch in Zukunft von unsern Mitgliedern beschäftigt werden. Andererseits werden wir die Organisation der christlich sein wollenen Arbeitnehmer unseres Gewerbes durchaus begünstigen und nach erfolgtem Zusammenschluß der christlichen Gehilfen sofort mit denselben Tarifverhandlungen führen.

Hochachtungsvoll
Bäcker-Innung Baderborn.
Fr. Tappenhöster, Fr. Ostermann, Vorstand.

Also für frei organisierte deutsche Bäcker und Konditoren, die den christlichen Lebensidealen fernstehen, ist in Baderborn, dem preussischen Rom, kein Platz. So wollen es die Vertreter der „christlichen Lebensideale“. Willst du nicht mein Bruder sein, schlag ich dir den Schädel ein. Die Nächstenliebe in Reinkultur. Die alte Zeit scheint sich bei diesen Unternehmern noch im Gehirn aufzuhalten. Es ist ihnen vollständig gleich, wer Geld für ihre Waren gibt, ob Christ, Jud oder Heid. Wie es nun für die fernere Zeit werden wird, das liegt an den Gehilfen. Erkennen sie weiter, daß nur die Interessen der Kollegen in den Organisationen vertreten werden können und daß der Zentralverband die gegebene Organisation ist, dann werden wir die Herren der Zukunft schon belehren, einen Vertrag mit uns abzuschließen. Die Kollegen der Garnisonbäckerei möchten aber jetzt noch mehr denn je darüber machen, daß keine Übertretungen der Gesetze vorgenommen und recht bald der letzte Gehilfe im Verband ist. Durch Kampf zum Sieg.

Konditoren.

Herr Endres bei den Cölner. Eine gut besuchte Versammlung des Cölner Konditorgehilfenvereins von 1889, dessen Mitglieder fast ausnahmslos dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren angehören, tagte am 2. Juli. Besonders interessant zu verlaufen ver sprach die Versammlung durch den Besuch des 2. Vorsitzenden vom Magdeburger Konditorgehilfenbunde, Herrn Th. Endres. Geleitet wurde die Versammlung vom Kollegen W. Pfeifer, der als langjähriger 1. Vorsitzender heute noch an der Spitze des Vereins steht und selbst seinerzeit mit der Gehilfenschaft dem Zentralverbande beigetreten ist. Kollege Pfeifer nahm auch im Laufe der Versammlung Veranlassung, in längerem Ausführungen seine Überzeugung für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges darzulegen und erklärte, daß es immer mehr innerhalb der Gehilfenvereine dämmere und diese sich dem Zentralverbande anschließen. Er hat Herr Endres, daß gleiche zu tun. Die Tagesordnung brachte den Punkt „Briefkasten“ in den Vordergrund, da ein Schreiben des 1. Vorsitzenden vom Casseler Konditorgehilfenverein, Kollege Keller, eingelaufen war, worin der eingeschlagene Weg zur Erreichung einer wirklichen Interessenvertretung der Konditorgehilfen als einzig richtig bestätigt wurde. Die in diesem Schreiben erwähnte Zersplitterung unter den Gehilfen, die sachlich und gedankenreich begründet wurde, ist von solcher Wichtigkeit, daß im Interesse der Gehilfenschaft dieser Angelegenheit in der Fachpresse unbedingt Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Bei eingehender Prüfung wird ein jeder zu der Erkenntnis gelangen, daß die Lösung dieser Frage unbedingt zu einer selbständigen, unabhängigen Organisation auf Grund einer sozialistischen Weltanschauung führt. Die Ausführungen dieses Briefes und der weitere Verlauf der Debatte über Organisation, gleich-

